

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Abendblatt
Seite 1
über seine
Veränderung
in der
deutschen
Presse

Abendblatt
Seite 1
über seine
Veränderung
in der
deutschen
Presse

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1098

Nr. 223

Sonnabend, den 23. September 1922

17. Jahrgang

Reparationen und Völkerbund.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die große Debatte in der dritten Kommission des Völkerbundes in Genf hat mit der Annahme des französischen Vorschlags geendet, daß der Völkerbund sich mit dem Reparations- und Schuldenproblem beschäftigen wird, wenn von den interessierten Regierungen die Aufforderung dazu an den Völkerbundrat ergehen wird. Das Wesentliche an dem Beschlusse ist zweifellos, daß sich die Vertreter Englands und Frankreichs zusammengefunden haben. Die Rede Joubert war ganz auf den von französischer Ueberheblichkeit gestimmt, und man könnte sie nur dann weniger ungünstig beurteilen, wenn ihre Form tatsächlichen Rücksichten auf die verheerete Pariser Straße entsprungen wäre. Die sachliche Stellungnahme Jouberts ist es aber allein, mit der wir zu rechnen haben. Danach liegen die Dinge für jeden klarschauenden Politiker so, daß gewiß ein kleiner Fortschritt erzielt worden ist. Bisher hielt das offizielle Frankreich streng darauf, daß die Reparationsfrage eine ausschließliche Angelegenheit des Obersten Rates sei. Genau erklärte er, daß Frankreich die strikte Bedingung stellte, wonach über Reparationen nicht gesprochen werden dürfe. Jetzt ist dieses selbe Frankreich bereit, die Reparationsfrage im Zusammenhang mit dem Problem der europäischen Schulden vor dem Forum des Völkerbundes zu erörtern. Im Völkerbund sitzen nicht nur die Siegerstaaten. Die Mitgliedschaft der europäischen Neutralen sowie die Teilnahme der südamerikanischen Freistaaten und noch manchen anderen Völkerbundes in seiner Grundfarbe etwas. Über der französische Senator de Jouvenel hat doch gleichzeitig sich alle Mühe gegeben, den neutralen Feindschmud jedes ernsthaften Wertes zu entfernen. Der Völkerbund darf sich mit dem Reparationsproblem beschäftigen, wenn er dazu von der Gesamtheit der interessierten Regierungen aufgefordert wird. Der Schweizer Motta hat sich die verdienstliche Mühe gegeben, den verstockten Gewaltpolitikern klar zu machen, daß doch Deutschland sozusagen auch an dem Reparationsproblem interessiert wäre. Aber de Jouvenel vergaß daraufhin plötzlich seine französische Vaterheit und wurde dermaßen grob und deutlich, daß sich Motta zu einer Bittschrift genötigt sah. Frankreich hat durch seinen Vertreter in Genf den Völkerbund als reine Siegereinzugszone reklamieren lassen. Der schwerste Schlag gegen die Idee des Völkerbundes ist damit geführt worden, der sich überhaupt führen läßt. Es ist ein beinahe tragikomisches Verhängnis, daß man von neutraler Seite und besonders auch von Seiten Englands sich in den letzten Wochen die redlichste Mühe gegeben hat, Deutschland zu bewegen, einen Antrag auf Zulassung zum Völkerbund zu stellen. Freilich hat auch Lord Robert Cecil in einem bitteren Telegramm durchblicken lassen, daß eine alleinwärtige Zulassung für Deutschland zur Zeit ausgeschlossen ist. Diese Mühe bei der Größe Deutschlands darin bestehen, daß es einen Vertreter im Völkerbundrat erhält. Aber dazu will man sich nicht verstehen. Deutschland soll aufgenommen werden, wie eine Nacht etwa vom Range Uruguays. Wenn dann das Reparationsproblem zur Verhandlung kommt, wird man und vielleicht in irgend einen Sachverständigenausschuß für irgend eine belanglose Unterfrage heranziehen, im übrigen aber sind wir lediglich Objekt der Beratungen. Es gab bisher in Deutschland Politiker bis in die Kreise der gemäßigten Rechten hinein, die die Zulassung vertreteten. Deutschland könne sich dauernd vom Völkerbund nicht fernhalten. Die Stellung dieser Männer in ihrem Vaterlande ist durch das Verhalten des Herrn de Jouvenel überaus erschwert worden. Frankreich will auch innerhalb des Völkerbundes die Demütigung Deutschlands noch auf solange hinaus fortsetzen, als es ihm beliebt, und wer solchen unwürdigen Zumutungen gegenüber mit einem Nein kommt, der ist in den Augen der Cecil und Genossen kein wahrer Friedensfreund und Demokrat. Es ist unendlich schwer, seine Satire zu schreiben!

Der französische Vertreter hat in seiner ersten Rede, von der man viel gesagt, günstigstenfalls annehmen kann, daß sie zur Schonung der Pariser Straße gehalten worden ist, auch noch jenen Ton angeschlagen, den man bisher nur von dem unverschämtesten der französischen Imperialisten hörte. Danach ist es reine Großmut, daß sich Frankreich mit dem unerhörten Versailles Akt begnügt hat. Eigentlich sei es berechtigt gewesen, Deutschland zu erschlagen und den Krieg nicht mit den unmenschlichen Mitteln des Versailles Vertrages, sondern mit Bomben, Handgranaten und Giftgasen fortzusetzen, bis in Deutschland kein Stein mehr auf dem andern bliebe. Herr de Jouvenel kramert es garnicht, daß man Deutschland ein dreimal so großes Gebiet geraubt hat, wie die durch den Krieg zerstörten Gebiete

Nordfrankreichs überhaupt ausmachen. Es ist ihm offenbar gleichgültig, daß der Friedensvertrag von Versailles auf dem schlimmsten Vorbruch fußt, den die Weltgeschichte kennt. Das alles hält Frankreich für selbstverständlich, aber es betrachtet es als besondere Großmut, wenn jetzt das Reparationsproblem vor dem Völkerbund erörtert wird, nachdem insbesondere die französischen Politiker zu seiner Lösung eine unbegrenzte Unfähigkeit erwiesen haben. So ungeschicklich liegen die Dinge, und es wäre verhängnisvoll, wenn man sich in Deutschland über den wahren Tatbestand hinwegtäuschen wollte.

Die Verschärfung des Orientkonflikts.

Es ließ sich voraussehen, daß die Zurücknahme der französischen und italienischen Truppen aus der neutralen Zone auf der asiatischen Seite am Eingang der Dardanellen - Straße die Angriffslust der türkischen Armee steigern würde. Das ist in der Tat auch geschehen. Und der kriegreiche Feldherr Kemal Pascha hat den Allierten eine rote Karte gezeigt, die einem Ultimatum ähnlich sieht, wie ein Ei dem andern. Er könne, behauptet er, seine Truppen nicht länger als höchstens noch 48 Stunden vom Vormarsch nach Konstantinopel zurückhalten, wenn nicht sofort Zugeständnisse der Allierten gemacht würden. Daß diese Zugeständnisse der Allierten auch in London ein, versucht aber immer noch, den Verhandlungsweg aufrecht zu erhalten und erklärt gegenüber den Arbeitern, daß man nur im Angriffsfall die Waffen wolle entscheiden lassen. Inzwischen werden die englischen Truppen zum Schutz der neutralen Zone am Marmarameer ständig verstärkt. In einem Zusammenstoß würde kaum noch zu zweifeln sein, wenn nicht die neuesten Vorgänge in der Völkerbundsversammlung in Genf den Beweis einer gesuchten Annäherung zwischen England und Frankreich und Italien gebracht hätten. Allerdings beziehen sich diese Vorgänge nicht direkt auf das Orientproblem, aber es ist kaum anzunehmen, daß dieses nicht mit profitieren sollte, wenn sich England und Frankreich in den wichtigen Fragen der Schuldenstreichungen und der Reparation grundsätzlich neu geeinigt haben.

Verstärkung der englischen Streitkräfte.

Die englischen Truppen erhalten täglich Verstärkungen zur Verteidigung der Dardanellen und Konstantinopels. Augenblicklich beträgt die Zahl der englischen Streitkräfte 12 000 Mann. Im Laufe der nächsten Woche werden fünf weitere Divisionen nach Konstantinopel geschickt werden.

Aus den Pariser Verhandlungen.

Ueber die gestrigen Verhandlungen in Paris berichtet der Orientfrage verbreitete die Agence Havas folgenden Bericht: Lord Curzon, Graf Storza und Poincaré haben in der heutigen Sitzung die Frage eingehend besprochen, unter welchen Voraussetzungen an Agora eine Einladung im Hinblick auf die Friedenskonferenz zu richten wäre. Sie werden mit der Fassung der Frage in einer weiteren Sitzung fortfahren, die heute nachmittags 2 Uhr beginnt. Dazu bemerkt die Agence Havas folgende: Die gestrige Sitzung der Orientkonferenz war kurz vor 6 Uhr zu Ende. Beim Verlassen der Sitzung hat Lord Curzon erklärt, man werde morgen nachmittags wieder beginnen; es bleibe noch viel zu erörtern. Der französische Ministerpräsident wünschte zunächst den Ministerrat einzuberufen. Es ist zu hoffen, daß die Arbeit der Konferenz heute Abend beendet sein werde. Nach den ersten Informationen haben sich die gestrigen Verhandlungen vor allem auf die Form bezogen, die der Einladung an die Türkei zur Teilnahme an der Friedenskonferenz gegeben werden soll. Es handelt sich namentlich darum, ob man sich in dieser Einladung in bestimmter Form über gewisse territoriale Verbesserungen des Vertrages von Sevres ausdrücken soll, namentlich in Bezug auf Thrakien.

Mehrleistung unsere Rettung.

Ueberstunden zugunsten des Reichs.

Ein Industrieller schreibt dem Leipziger Tageblatt: Der Achtstundentag ist ein Luxus, den sich eine Nation, die 4 Jahre um ihre Existenz gekämpft und schließlich den Krieg verloren hat, nicht gönnen kann und darf. Ohne den Weltkrieg hätten wir heute den Neunstundentag und vielleicht auch schon den Achtstundentag und er hätte sich ohne Reibung gewissermaßen von selbst eingeführt, aber ihn nach einem verlorenen Krieg und angesichts der vollständig leeren Warenlager zwangsweise einzuführen, das ist ein Verhängnis, dessen Folgen sich immer mehr und mehr bemerkbar machen und zur Verelendung des Volkes führen müssen. Kürzlich hat der wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates über die gegenwärtige Lage beraten und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß das wichtigste Mittel zum Wiederaufbau erhöhte Arbeitsleistung sei. Also leisten wir mehr! Dagegen wird eingewendet, daß die Mehrleistungen ja doch nur dem Unternehmer zugute kommen. Das ist aber ein Irrtum. Nehmen wir an, daß die Arbeitskraft in den Betrieben, wo es notwendig ist, durch Ueberstunden verlängert wird, so schafft der Betrieb mehr Ware und bekämpft

die Knappheit, die doch schuld ist an den hohen Preisen und an unberechtigten Zwischengewinnen, bis die Waren an den Verbraucher kommen. Der Arbeiter hat also die Möglichkeit, sich Kleider, Schuhe, Möbel usw. billiger zu kaufen, auf die Lebensmittelpreise muß die Mehrleistung auch verbilligend einwirken und dabei hat der Arbeiter ein größeres Einkommen, als vorher, weil er die Ueberstunden glänzend bezahlt bekommt.

Um aber das Argument, daß Ueberstunden nur dem Unternehmer zum Nutzen gereichen, ganz zu beseitigen, mache ich folgenden Vorschlag: Man lasse den Achtstundentag als gesetzliche Arbeitszeit bestehen, gewähre aber den Unternehmern, die darum nachsuchen, die Genehmigung zu Ueberstunden, unter der Bedingung, daß der Unternehmer den Anteil am Reingewinn, der ihm durch diese Ueberstunden zufließt, an den Staat als Ueberstundensteuer abgibt. Nehmen wir an, daß ein Unternehmer 80 Arbeiter beschäftigt, so hat er im Jahre mit 218 000 Arbeitsstunden zu rechnen; hat er aber im gleichen Jahre 24 000 Ueberstunden bewilligt und geleistet erhalten, so muß er bei einem Einkommen von 1 Mill. Mk. den Anteil der 24 000 Stunden, 10 Prozent, also 100 000 Mark, als Ueberstundensteuer bezahlen, und der Rest von 900 000 Mark unterliegt dann der gewöhnlichen Steueranordnung. Es muß aber dabei zur Bedingung gemacht werden, daß die Arbeiter die bewilligten Ueberstunden ohne Ueberstundenzuschlag leisten, denn man kann dem Unternehmer nicht zumuten, wenn er schon im vaterländischen Interesse seinen Betrieb ganz ohne Nutzen für sich selbst länger laufen läßt, daß er dafür einen Zuschlag bezahlt, für den es nur eine sehr zweifelhafte Möglichkeit gibt, ihn bei der Kalkulation mit einzurechnen. Man soll dem Unternehmer nicht die Luft nehmen, Ueberstunden machen zu lassen, und die dabei auch für ihn entstehende nicht geringe Mehrarbeit auf sich zu nehmen, dadurch, daß man ihn der Möglichkeit, ja der Sicherheit eines Verlustes beraubt.

Es darf wohl zur Ehre der Unternehmer angenommen werden, daß der gute Wille, dem Vaterlande wieder aufzuhelfen, und an seinem Teile das Möglichste dazu beizutragen, um die Lebenshaltung der Arbeiter zu heben, in weitestem Maße in diesen Kreisen vorhanden ist.

Kleine politische Meldungen.

Freilassungen im Rathenau-Prozess. Auf Grund der Untersuchungen im Rathenau-Prozess hat, wie eine Nachricht tenstelle meldet, der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik durch Beschluß vom 11. September 1922 die Angeklagten Erich Bode, Fritz Kühnmeister, Waldemar v. Haugwitz, Joseph Rudolf Heine, Manfred v. Killinger Heine, Stabenrauch, Theodor Bräutigam, Wilhelm Heine, Alfred Hoffmann und Wilhelm Ehrentraut außer Verfolgung gesetzt.

Auch der unabhängige Parteitag für die Einigung. Auf dem Parteitag der Unabhängigen in Vera, auf dem die Westseite zum Teil sehr erregt, trat Crispian mit sehr warmen Worten für die Einigung ein. Trotz des Widerstandes verschiedener Redner, namentlich Rosenfelds, ist nicht daran zu zweifeln, daß der Parteitag den Zusammenschluß mit großer Mehrheit beschließen wird, wenn auch nicht mit derselben Begeisterung und nicht einstimmig, wie die Reichstagsfraktion in Augsburg.

Der Berliner Anwaltsverein beschäftigte sich mit der Not der Rechtsanwältinnen. Die Meinung war allgemeine, daß die letzten Gebühren der Taxierung keineswegs mehr entsprechen. Es ist zu wünschen, daß die Mittelung des Vorsitzenden sich bald bewahrheitet, daß eine Reform der Gebührenordnung von Regierungseite in Angriff genommen worden sei.

Das polnische Budget zeigt bei Einnahmen von 800 Milliarden, Ausgaben von 1150 Milliarden ein ungedecktes Defizit von 350 Milliarden. Sobald die neuen Noten ausgegeben sein werden, wird deren Umlauf ungefähr 500 Milliarden betragen, von denen 350 Milliarden nicht gedeckt sind. Die Schuld dieser schlechten Finanzlage liegt daran, daß Polen von seinen Vorgängerregierungen alle Fehler übernommen hat, von Deutschland den Militarismus, von Rußland die Korruption und von Österreich die Schlamper.

Eine Konferenz in Washington. Die Vereinigten Staaten scheinen endlich aus ihrer Beobachtungsrolle herauszutreten zu wollen. Wie die dem Präsidenten nächststehende Kemport Tribune berichtet, will er zu Beginn des nächsten Jahres eine große Finanz- und Wirtschaftskonferenz nach Washington einberufen. Eine Bestätigung dieser Nachricht fehlt allerdings noch, doch hat die Entwicklung der Dinge so zu einer Lösung der internationalen Finanz- und Wirtschaftsprobleme gedrängt, daß der Nachricht eine innere Wahrscheinlichkeit nicht abgesprochen werden kann.

Die sächsische Regierung und die Zwickauer Unruhen.

Auf eine Anfrage der Reichstagsabgeordneten Barth und Genossen über die Zwickauer Vorgänge am 4. Juli und folgende Tage hat der Reichsminister des Innern Koster auf Grund eines ihm von der sächsischen Regierung zugesandten eingehenden Berichtes des Polizeiamtes Zwickau eine ausführliche schriftliche Antwort erteilt, die zu folgendem Schlusse kommt: Wenngleich es zu bedauern ist, daß nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Machtmittel seitens der Zwickauer Behörden die Hilfe eines spontan gebildeten Aktionsausschusses der Arbeiter war von den sozialistischen Parteien und Gewerkschaften zusammen gebildet worden in Anspruch genommen werden mußte, kann doch der sächsischen Regierung hieraus ein Vorwurf nicht gemacht werden. Eine Verfassungswidrigkeit würde nur dann vorgelegen haben, wenn trotz der Möglichkeit

empfangt
Abendblatt
Seite 1
über seine
Veränderung
in der
deutschen
Presse

Abendblatt
Seite 1
über seine
Veränderung
in der
deutschen
Presse

Abendblatt
Seite 1
über seine
Veränderung
in der
deutschen
Presse

Abendblatt
Seite 1
über seine
Veränderung
in der
deutschen
Presse

Abendblatt
Seite 1
über seine
Veränderung
in der
deutschen
Presse

Abendblatt
Seite 1
über seine
Veränderung
in der
deutschen
Presse

Abendblatt
Seite 1
über seine
Veränderung
in der
deutschen
Presse

Abendblatt
Seite 1
über seine
Veränderung
in der
deutschen
Presse

Abendblatt
Seite 1
über seine
Veränderung
in der
deutschen
Presse

Abendblatt
Seite 1
über seine
Veränderung
in der
deutschen
Presse

Abendblatt
Seite 1
über seine
Veränderung
in der
deutschen
Presse

Abendblatt
Seite 1
über seine
Veränderung
in der
deutschen
Presse

Abendblatt
Seite 1
über seine
Veränderung
in der
deutschen
Presse